

Vernunft oder Zufall -

Was bestimmt die Entwicklung der Demokratie?

Evolution oder Dialektik?

Die Staatsformen werden sich ändern. Wenn man in sehr langen Zeiträumen denkt, ist dies natürlich eine Binsenweisheit. So selbstverständlich die Veränderlichkeit von Staatsformen aber sein mag, so schwer ist dieser Prozess doch begrifflich zu fassen. Man kann ihn auf sehr verschiedene Weise deuten. Man kann darin insbesondere eine Abfolge von Ereignissen sehen, die dem Menschen ungewollt widerfahren, oder aber einen von Menschen bewusst gelenkten Prozess.

Natürlich ist die Entstehung einer Staatsform niemals nur ein schicksalhafter Ereignis. Der Mensch hat ein Wort mitzureden. Er ist nicht nur Spielball solcher Entwicklungen, sondern - zumindest phasenweise - immer auch ein aktiver Gestalter. Verfassungen werden von Menschen formuliert, in Verfassungen dokumentieren Menschen ihren jeweiligen politischen Bewusstseinsstand, und Verfassungen spiegeln früher oder später auch politische Gestaltungsansprüche der Bürger.

Wenn man diese Veränderungsprozesse zu beschreiben versucht, ist man auf Begriffe angewiesen, die in ganz anderen Kontexten entstanden sind. Man kann die Entwicklung der Staatsformen beispielsweise evolutionär nennen, wenn man die gestaltende Rolle des Menschen eher gering einstuft. Evolutionär ist die Entwicklung von Staatsformen, wenn deren Varianten eher zufällig entstehen, als dass sie rational konzipiert würden, und wenn von diesen Varianten die leistungs- und damit überlebensfähigsten sich durchsetzen. Zu einer so verstandenen evolutionären Entwicklung gehört immer auch der ungewollte Untergang weniger leistungsfähiger Varianten, der Untergang also von Staaten und schlimmstenfalls auch von Staatsvölkern.

Will man dagegen die Rolle menschlicher Vernunft stärker herausheben, kann man diesen Prozess dialektisch nennen. Dieser Begriff bietet sich an, wenn man in der Entwicklung von Staatsformen eine Folge von Ereignissen sieht, die zwar immer wieder Überreaktionen einschließen, die aber letztlich doch

den Charakter eines zielgerichteten Fortschritts haben.¹ Mit dem geschichtsphilosophischen Begriff der Dialektik wird der menschlichen Vernunft eine prominentere Rolle beigemessen als mit dem Begriff der Evolution.

Genau genommen spielt aber auch im Begriff des Dialektischen die Vernunft eine zumindest zwiespältige Rolle. Auch die dialektische Vernunft kann als anonyme Triebkraft der Geschichte gedeutet werden, die einer individuellen Einsicht in die Richtung des Fortschritts nicht bedarf. Vernunft kommt nach solchem dialektischen Verständnis eher hinterrücks als absichtsvoll, eher trotz als wegen des menschlichen Wirkens in der Entwicklung von Staatsformen zur Wirkung. Dennoch - oder gerade deswegen - ist auf diese Wirkung nach dialektischem Geschichtsverständnis Verlass. Die geschichtliche Vernunft setzt sich in Sachen Staatsform durch, auch wenn sie sich, wie Hegel es formulierte, dafür einer List bedienen, wenn sie vernunftarme menschliche Akteure also gewissermaßen überlisten muss. Der Wirkung solcher historischen Vernunft wird ein schwacher menschlicher Verstand erst aus großer zeitlicher Distanz in geschichtsphilosophischer Nachbetrachtung gewahr.

Aufstieg und Niedergang von Staatsformen

Im Laufe der Geschichte sind in der Tat Imperien, Staaten, Kulturen, Nationen und damit die zugehörigen Staatsformen immer neu entstanden und immer wieder untergegangen. Diese Abfolge von Aufstieg und Niedergang haben sich die Betroffenen natürlich nicht gewünscht, und schon gar nicht waren diese Vorgänge ein Gebot der Vernunft. Vernünftig mochte eben allenfalls ein dialektisch gedeuteter Fortschritt erscheinen, der vorübergehend unvernünftige Umwege gehen musste.

Vernünftiger wäre ein historischer Prozess gewesen, in dem Staaten und Nationen von innen heraus reifen, ohne Aggressionen von außen fürchten zu müssen. Vernünftig wäre gewesen, dass beispielsweise ökonomisch und militärisch überlegene Staaten über imperialen Ehrgeiz, territorialen Expansionsdrang und kulturelle Dominanzansprüche hinauswachsen und dass so der Aufstieg der einen nicht notwendigerweise den Niedergang einer rivalisierenden Staatsmacht und Kultur bedeutet hätte. Vernünftig wäre vor allem gewesen, wenn Staaten gelernt hätten, sich selbst in Frage zu stellen, wenn sie innere Schwäche als Herausforderung zur inneren Erneuerung, zur

¹ Bei solcher Betrachtungsweise sollten nur Fehlschlüsse wie derjenige Hegels vermieden werden, der über die aufgeklärte Monarchie, in deren akademischen Diensten er stand und von der er insofern materiell abhängig war, nicht hinausdenken wollte oder konnte.

Revision territorialer Grenzen oder äußerstenfalls auch zu einer friedlichen Selbstaflösung angenommen hätten.

Geschehen ist ganz anderes. Staaten sind immer wieder kollabiert, sie sind von innen ausgezehrt und immer wieder auch von außen überwältigt, unterdrückt und vernichtet worden. Militärisch und wirtschaftlich aufstrebende Staaten nutzten ihre Stärke, um andere Staaten zu erobern oder ihnen politische Abhängigkeiten aufzuzwingen. Je größer, je wohlhabender, je militärisch effizienter, aber eben auch je gewaltbereiter ein Staat war, desto größer war seine Macht und desto größer auch sein politischer Einfluss auf andere Staaten. Umgekehrt konnten Macht und Einfluss schwinden, wenn beispielsweise ein Staatsvolk oder seine politische Elite ein Maß an kultureller Feinsinnigkeit entwickelte, das der militärischen und ökonomischen Effizienz und der Gewaltbereitschaft abträglich war.

In der Regel lagen aber die Gründe für den Niedergang eines Staatswesens natürlich nicht in einem Übermaß an Feinsinnigkeit. Sie lagen in einem Verlust an politischer Problemlösungskompetenz. Nur solange ein Staat politisch kompetent genug agierte, um beispielsweise ökonomisch, militärisch, demographisch und ökologisch nicht zurückzufallen, konnte er sich aus eigener Kraft gegen rivalisierende Staaten behaupten. Wenn ein Staat dagegen an Macht und Einfluss verlor, ging dies fast immer auch mit einem Rückgang an politischer Problemlösungsfähigkeit einher. Zu den späteren Symptomen solchen Niedergangs gehörte zumeist eine finanzielle Überforderung. Staaten fielen zurück, wenn sie sich finanziell übernommen, wenn sie sich also beispielsweise eine gewohnte hegemoniale Vormachtstellung oder auch nur ein gewohntes Maß an Wehrhaftigkeit nicht mehr leisten konnten. Solche finanziellen Überforderungen führten zur Auszehrung von Dynastien, zum Verfall von Hochkulturen, die im Schutz eines vormals kompetenteren Staatswesens gediehen waren, zum Kollaps von despotischen und auch zum Niedergang von demokratischen Regimen.

In dieser Abfolge von Aufstieg und Niedergang von Staaten, Imperien und Nationen waren in der Vergangenheit Spuren ordnender Vernunft schwer zu diagnostizieren. Wenn auch Staaten zunehmend komplexe Gebilde geworden sind, scheint dies doch eher das Ergebnis spontaner Anpassungen an wachsende Anforderungen gewesen zu sein als ein Ergebnis vorausschauender Planung. Dies wäre ein triftiger Grund, diesen Anpassungsprozess als evolutionär zu bezeichnen. Diese Deutung jedenfalls, die der Rolle des Zufalls

und der Selektion nach Überlebensfähigkeit eine herausgehobene Rolle zuweist, erscheint nicht weniger plausibel zu sein als jene, nach der eine List der Geschichte für einen zielgerichteten Fortschritt der Staatsformen sorgen würde.

Im Vorfeld historischer Vernunft

Das 20. Jahrhundert brachte in dieser Hinsicht zunächst eher Rückschritt als Fortschritt. Es zivilisierte die Staaten nicht im Umgang miteinander und auch nicht im Umgang mit ihren Bürgern. Ein gewisser Fortschritt war nur die langsame Ausbreitung demokratischer Strukturen. Wichtig war dabei - und dies mag man doch als eine List der Geschichte deuten - dass demokratische Staaten sich letztlich als die militärisch mächtigsten erwiesen. Einige Demokratien waren nicht nur ökonomisch und kulturell am weitesten entwickelt, sondern sie verfügten auch über das größte militärische, nämlich atomare Abschreckungspotential. Vor allem die USA konnten sich imperiale Überlegenheit tatsächlich leisten, während eben dieser Anspruch im rivalisierenden Lager nur eine kurzfristige Illusion war.

Dass es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewisse Fortschritte in der politischen Zivilisierung gab, hat mit der Herausbildung der Demokratie zu tun, aber mindestens ebenso mit der Entwicklung von Atomwaffen. Die atomare Bewaffnung erzeugte nicht nur Schrecken, sondern sie half auch, eine Logik des Gewaltverzichts zu entwickeln. Wer über Massenvernichtungsmittel verfügte, konnte gegen vergleichbar gerüstete Staaten nur noch um den Preis des eigenen Untergangs militärisch vorgehen. Diese Einsicht trug dazu bei, die Idee des Gewaltverzichts unter Atommächten zu etablieren. Dadurch wurde zwar die Kriegsbereitschaft demokratischer Staaten gegenüber Nicht-Atommächten nicht unterbunden, aber doch große Teile der Welt de facto nachhaltig befriedet.

Paradoxerweise hat insofern die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln Fortschritte der politischen Zivilisierung nicht gefährdet, sondern eher gefördert. Je mehr Staaten über solche Waffen verfügen, desto sinnloser wäre es, die daraus resultierende militärische Stärke tatsächlich zu nutzen. Die in der jüngeren Geschichte von demokratischen Staaten und insbesondere von den USA ausgegangenen Kriege waren nur möglich aus dem Gefühl der militärischen Unantastbarkeit einer Nuklearmacht gegenüber der Vielzahl von Nicht-Nuklearmächten. Dies lässt den Schluss zu, dass beim herrschenden

politischen Bewusstseinsstand nur eine weitere Verbreitung von Atomwaffen die Logik des zwischenstaatlichen Gewaltverzichts weltweit etablieren könnte.

Wenn sich Gewaltverzicht auf solche Weise durchsetzte, wäre dies natürlich nur einem Regime des Schreckens zu verdanken. Es wäre zwar ein Stück politischer Zivilisierung, aber der Grund hierfür wäre die Angst von Staaten und Staatsvölkern vor der physischen Vernichtung durch andere Staaten. Auch in dieser Hinsicht wäre insofern die politische Zivilisierung kein Produkt der Vernunft, sondern sie wäre eher einem Zufall geschuldet. Nukleartechnologie und Atomwaffen nämlich wurden nicht erfunden, um Frieden zu verbreiten, sondern ihre Erfindung war zumindest aus politischer Sicht eher eine zufällige Mutation der Technik. Bis weit ins Atomzeitalter hinein lässt sich insofern der Prozess der politischen Zivilisierung als evolutionär deuten und dessen Fortschritt damit als ein glücklicher Zufall. Die Stunde der politischen Vernunft wenigstens hat mit der Erfindung von Massenvernichtungsmitteln noch keineswegs geschlagen.

Vom Gewaltverzicht zum Vernunftregime?

Versuche, alte Staatsformen zu überwinden und erfolgreichere an deren Stelle zu setzen, sind selten im ersten Anlauf gelungen. Solche Versuche waren höchst irrtumsanfällig, und sie sind zumeist erratisch verlaufen. Dennoch lassen diese Vorgänge sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Wenn Staaten und Staatsformen untergingen, geschah dies immer auch infolge von Überforderung. Staatsformen, die Staaten kollabieren ließen, standen der Entwicklung zeitgemäßer politischer Problemlösungskompetenzen im Wege. Staaten, denen dies geschah, hatten beispielsweise zu wenig ökonomischen und politischen Wettbewerb, zu viel Korruption, zu wenig militärische Kompetenz, zu wenig solidarischen und auch zu wenig kulturellen Zusammenhalt hervorgebracht. Wo so elementare politische Ziele verfehlt werden, generiert ein politisches System nicht genügend Rückhalt bei den Bürgern, um sein Überleben dauerhaft zu sichern. Die Bürger schöpfen dann den Verdacht, dass sich in einem anderen System eine höhere politische Problemlösungskompetenz einstellen würde.

In der jüngeren Geschichte bot sich in solchen Fällen ein vergleichsweise einfacher Ausweg an. Man versuchte es mit der Demokratie. Die Überwindung nichtdemokratischer Systeme war ein Versuch, die politische Problemlösungskompetenz zu erhöhen, und in den meisten Fällen ist dieser Versuch auch gelungen. Ganz anders ist es aber, wenn die Diagnose der mangelnden

Problemlösungskompetenz demokratische Systeme selbst trifft. Je weniger es den Bürgern in der Eigenschaft als Wahlberechtigten noch gelingt, ihrem demokratischen Staat zu zeitgemäßer Problemlösungskompetenz zu verhelfen, desto drängender wird der Verdacht, dass nur noch Veränderungen der demokratischen Staatsform selbst das politische Kompetenzproblem lösen könnten.

Dass die bestehende Demokratie dieses Problem höchst unzulänglich löst, zeigt sich in der Auseinandersetzung mit neokratischen Alternativen. Die bestehende Demokratie zeugt von einem politischen Bewusstseinsstand, bei dem das Kompetenzproblem noch kaum höhere Bedeutung einnimmt, als es in nichtdemokratischen Systemen wie Monarchie, Despotie oder auch Theokratie der Fall war. Mit dem Neokratiekonzept dagegen tut sich eine zuvor ungeahnte Vielfalt möglicher demokratischer Staatsformen auf, in denen politische Problemlösungskompetenz auf höchst verschiedene Weise realisiert würde.

Diese Vielfalt möglicher neokratischer Staatsformen ist natürlich auch eine Herausforderung an die politische Vernunft. Politisch vernünftig wäre es, das vielfältige Potential neokratischer Staatsformen dem jeweiligen politischen Bewusstseinsstand entsprechend zu nutzen. Vernünftig wäre es, gegen noch bestehende nichtdemokratische Staatsformen nicht mehr nur "die" Demokratie anzubieten, sondern eine aus vielerlei Alternativen ausgewählte Demokratieform, die dem Bewusstseinsstand und den Bedürfnissen der jeweiligen Bürger am besten entspricht. Vernünftig wäre es auch, eine bestehende Demokratie, die es ihrerseits an Problemlösungskompetenz vermissen lässt, an alternativen Demokratieformen zu messen und durch alternative Demokratieformen zu ersetzen.

Die Möglichkeit, aus einer fast grenzenlosen Vielfalt möglicher demokratischer Staatsformen auszuwählen, weist der politischen Vernunft eine ganz und gar neuartige Rolle zu. Durch das Neokratiekonzept würde die politische Vernunft unter anderem gefordert, die Problemlösungskompetenz des Staates durch Wahl einer zeitgemäßen Demokratieform zu optimieren. In dieser Frage hätte politische Vernunft an die Stelle von historischem Versuch und Irrtum zu treten, und sie hätte dadurch unter anderem Staatsstriche und Revolutionen überflüssig zu machen. Es bedürfte dann auch keiner den Bürgern verborgenen List der Geschichte mehr und auch keiner blinden evolutionären Kräfte, um demokratische Prinzipien weiter zu entwickeln. Das Bewusstsein

neokratischer Gestaltungsmöglichkeiten ließe politische Vernunft an deren Stelle treten.

Natürlich lässt sich die Weiterentwicklung der Demokratie auch dann als schicksalhafte Auswahl der jeweils überlebensfähigsten Staatsformen deuten, wenn dieser Prozess sich als Ausdifferenzierung im neokratischen Sinne vollzieht. Auch bei der Realisierung neokratischer Staatsformen kann es historische Irrtümer geben, kann es Staaten an zeitgemäßer Problemlösungskompetenz mangeln, können Staaten im Systemwettbewerb ökonomisch unterliegen und können Staatsformen sich in vielerlei anderer Hinsicht als korrekturbedürftig erweisen. Auch unter neokratischen Bedingungen könnte es lange dauern, bis solche Irrtümer einer Mehrheit bewusst und Korrekturen auf den Weg gebracht werden. Auch unter neokratischen Staatsformen könnte es daher zu einer Selektion nach dem Kriterium der Überlebensfähigkeit kommen, und insofern ließe sich auch eine neokratische Weiterentwicklung der Demokratie als sozialer Evolutionsprozess bezeichnen.

Dennoch könnte sich, weil Alternativen nicht erst in den Wirren revolutionärer Prozesse gesucht werden müssten, der Aufbau neuer Staatsformen weit geordneter vollziehen, als geschichtliche Erfahrung es nahelegt. Schon in der vorsorglichen Konzipierung und erst recht natürlich in der Anwendung vernunftgeprägter Übergangsverfahren, vor allem also im so genannten iterativen Legitimationsverfahren, würde der politische Zivilisierungsgrad der Neokratie seine Wirkung tun und politische Vernunft auf neuartige Weise zum Zuge kommen lassen.

Das Konzept der Neokratie zeigt immerhin, wie die Problemlösungskompetenz eines Staates durch politische Vernunft gesteigert und wie daher dem Überdauern unzeitgemäßer Staatsformen vorgebeugt werden könnte. Sicher ist die Gefahr, dass letztlich doch archaische Motive in der Politik durchschlagen und dass insbesondere die Überlebensfähigkeit von Staaten und von Staatsformen auf absehbare Zeit weiter auf Gewaltbereitschaft gegründet wird, vorerst nicht aus der Welt zu schaffen. Das Neokratiekonzept ist aber ein Gegenmodell, das die Rolle der politischen Vernunft gegenüber solchen archaischen Motive vorsorglich stärken könnte.

Ob künftige Prozesse der Demokratieentwicklung auch unter neokratischem Vorzeichen noch evolutionär oder dialektisch zu nennen wären, ist letztlich eine Auseinandersetzung um Begriffe. Deren Verwendung ist nur ein Zugeständnis an die begrenzte Verfügbarkeit von Alternativen. Solange neue

Begriffe noch nicht etabliert sind, mögen diese alten Begriffe vorerst auch der Beschreibung neokratischer Entwicklungsprozesse dienen. Dies sollte nur nicht den Blick darauf versperren, dass der politischen Vernunft im neokratischen Prozess von Anfang an eine bedeutendere Rolle zukäme denn je. Schon bei der Entwicklung einer geeigneten Begrifflichkeit könnte die politische Vernunft wichtige Vorarbeit leisten.

03 - 2006